

Brüssel, 17. Mai 2016

Glyphosat: Einer weiteren Zulassung unter Auflagen zustimmen

WHO stuft Glyphosat nun doch nicht als krebserregend ein – Pflanzenschutzmittel sollte unter bestimmten Auflagen weiterhin zugelassen werden

Der neueste Bericht der Weltgesundheitsorganisation WHO zum Thema Glyphosat stuft das Pflanzenschutzmittel als ungefährlich für den Verbraucher ein. Zuvor hatte die zur WHO gehörende Internationale Behörde für die Krebsforschung (IARC) Glyphosat noch als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft und damit eine kontroverse Debatte in der Öffentlichkeit um eine weitere Zulassung ausgelöst.

„Die neueste WHO-Studie nimmt den Glyphosat-Gegnern den Wind aus den Segeln. Die Befürworter eines Kompletverbots können sich damit nicht mehr auf eine wissenschaftliche Grundlage berufen!“ stellt Norbert Lins (EVP/CDU) klar.

Auch wenn der WHO-Bericht der Europäischen Kommission recht gibt und den Weg frei macht für eine Neuzulassung, steht Lins einem unbeschränkten Glyphosat-Gebrauch skeptisch gegenüber: „Das Europäische Parlament hat sich Mitte April mit großer Mehrheit für eine deutlich kürzere Wiederezulassung von 7 Jahren mit klaren Einschränkungen ausgesprochen. Alle Akteure sind gut beraten, sich an dem Vorschlag des Europäischen Parlaments zu orientieren“ hebt der Umwelt- und Agrarpolitiker deutlich hervor.

So soll der Verkauf an private Nutzer möglichst streng limitiert oder eventuell ganz verboten werden; außerdem sollte Glyphosat kurz vor der Ernte nur in besonderen Ausnahmefällen (bei zu erwartendem Ernteverlust) eingesetzt werden: „Der Parlamentsvorschlag kommt allen Akteuren entgegen. Er ist ein gelungener Kompromiss, welcher sowohl Sicherheit für unsere Landwirte bietet als auch den bedenkenlosen und unreflektierten Umgang mit Glyphosat eindämmt“, streicht Lins die Absicht der Europaparlamentarier heraus.

Auch aus Stuttgart dürfte nun Zustimmung kommen. Im Koalitionsvertrag ist explizit auch von Glyphosat die Rede: „Grüne und CDU haben vereinbart, dass beim Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel zunächst widersprüchliche institutionelle Bewertungen geklärt werden müssen. Dies dürfte mit dem neuesten Bericht der WHO der Fall sein“, ordnet Lins das Thema auch in einen baden-württembergischen Kontext ein.

„Ich gehe davon aus, dass das SPD-geführte Bundesumweltministerium seine vor wenigen Tagen beschlossene ablehnende Haltung überdenkt und diese Woche auf europäischer Ebene für eine weitere Zulassung unter Auflagen stimmt“, so der baden-württembergische CDU-Europaabgeordnete abschließend.

Hintergrund

Die Zulassung für eines der meist-verbreiteten und genutzten Breitband-Pflanzenschutzmittel läuft in wenigen Wochen aus. Die Europäische Kommission hatte zunächst vorgeschlagen, das Herbizid für weitere 15 Jahre zu autorisieren. Dies hat eine kontroverse Debatte in der Öffentlichkeit ausgelöst, da Forschungseinrichtungen zu unterschiedlichen Ergebnissen bzgl. des Vorhandenseins von krebserregenden Nebenwirkungen kamen. Die WHO hatte den Wirkstoff im Gegensatz zum Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und zur Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zunächst als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft, vor wenigen Tagen allerdings in einem weiteren Bericht revidiert. Diese Woche werden die nationalen Experten der Mitgliedstaaten über die Zulassungserneuerung beraten; wenn sich keine qualifizierte Mehrheit für oder gegen die Autorisierung findet, wird schließlich die Kommission entscheiden.